



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DISKRIMINIERUNG VON MINDERHEITEN: LGBT UND MENSCHEN MIT HIV/AIDS

■ ANALYSE		
LGBT-Bewegung und Homophobie in Russland		2
Von Radzhana Buyantueva (Universität Newcastle)		
■ UMFRAGE		
Einstellung der russischen Bevölkerung zu Homosexualität und HIV/Aids		5
■ ANALYSE		
Warum Russland bei der Bekämpfung von HIV und Aids scheitert		9
Von Ulla Pape (Institut für Europastudien, Universität Bremen)		
■ DEKODER		
»Schwule und politische Gefangene – sind das etwa die brennendsten Fragen?«		12
Von Pavel Kanygin (Nowaja Gaseta)		
■ CHRONIK		
29. Januar – 11. Februar 2018		18

LGBT-Bewegung und Homophobie in Russland

Von Radzhana Buyantueva (Universität Newcastle)

Zusammenfassung

Das Ende der Sowjetunion und die Entkriminalisierung von Homosexualität im Jahr 1993 schufen Möglichkeiten zur Entwicklung der LGBT-Bewegung in Russland. Die Zahl der Aktivisten und Organisationen im Land, die sich gegen Homophobie, Diskriminierung und Gewalt gegen LGBT-Personen wenden, nahm zu. Allerdings erschweren zunehmend konservative Tendenzen und negative Einstellungen in der Gesellschaft die Arbeit von LGBT-Aktivisten. Dieser Beitrag untersucht den LGBT-Aktivismus in Russland sowie die Hindernisse, die die Entwicklung der LGBT-Bewegung erschweren.

Die LGBT-Bewegung in Russland

Homosexuelle Beziehungen wurden in der Sowjetunion seit 1934 als Straftat betrachtet. Lesbische Beziehungen sind nie per Gesetz verboten gewesen, doch liefen lesbische Frauen Gefahr, einer psychiatrischen Behandlung unterzogen zu werden. Verständlicherweise gab es deshalb in der Sowjetunion keine LGBT-Bewegung.

Die LGBT-Bewegung begann in Russland Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre, als Perestroika, Glasnost und die Entkriminalisierung von Homosexualität ein Anwachsen der LGBT-Community ermöglichten. Erste LGBT-Organisationen wie der »Moskauer Schwulen- und Lesbenverband« und »Krylja« (dt.: »Flügel«) wurden Anfang der 1990er Jahre gegründet. Allerdings hatten Mitte der 1990er Jahre die meisten dieser Organisationen ihre Arbeit wieder eingestellt. Insgesamt befand sich die LGBT-Bewegung von Mitte der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre auf einem niedrigen Niveau. Der Grund hierfür war wohl, dass LGBT-Aktivismus gefährlich war, da die Gesellschaft gleichgeschlechtlichen Beziehungen gegenüber intolerant war. Eine andere Erklärung lautet, dass die Russen in diesem Zeitraum grundsätzlich politisch passiv waren.

Die 2000er Jahre und besonders die 2010er Jahre sahen dann einen Anstieg gesellschaftlichen Engagements. Im Zuge dieser Entwicklung entstanden neue LGBT-Organisationen im Land, beispielsweise die »Allianz von Heteros und LGBT für Gleichberechtigung«, »Avers«, »GayRussia.ru«, das »Russische LGBT-Netzwerk«. Sie arbeiteten in verschiedene Richtungen: Kulturveranstaltungen, rechtliche und psychologische Unterstützung für Angehörige der LGBT-Community, Organisation von Bildungs- und Protestveranstaltungen.

Haltung der Gesellschaft

Meinungsumfragen zufolge haben sich die Einstellungen gegenüber LGBT-Personen seit der Zeit der Perestroika nicht erheblich geändert und sind weiterhin konstant negativ. Doch wenn die Gesellschaft nicht tolerant war, warum haben sich LGBT-Personen dann dazu entschlossen, sich der Bewegung und sogar Protestaktio-

nen anzuschließen? Einige Aktivisten begannen ihren Protest, weil sie sich gegen die bestehende Diskriminierung und Homophobie stellen wollten. Andere LGBT-Aktivisten wiederum nahmen eine zunehmende Toleranz der Gesellschaft wahr: Einige wurden aktiv, weil sie bei Personen, die sie persönlich kennen (Freunden, Arbeitskollegen) eine größere Akzeptanz feststellten und diese Wahrnehmung ihr Selbstbewusstsein für ein Coming Out stärkte. Medien und Massenkultur mögen ebenfalls ihren Einfluss gehabt haben, dass Aktivisten eine gesellschaftliche Akzeptanz wahrnahmen.

Seit der Zeit der Perestroika, als der Sowjetstaat seine Grenzen zur Außenwelt öffnete, erhielten die Menschen in Russland die Möglichkeit, internationale Medien und Massenkultur besser kennenzulernen, auch solche, die LGBT-Themen behandelten. International bekannte Künstler wie Elton John und Filme wie »The Birdcage« (1996) und »Brokeback Mountain« (2005) erlangten große Bekanntheit in Russland. Auch Teile der russischen Popkultur (beispielsweise Interpreten wie t.A.T.u., Boris Moisejew, Schura, Mamyschew-Monro, Zaza Napoli) arbeiteten mit LGBT-Bildern und erreichten eine außerordentliche Popularität.

Die Präsenz und die Popularität von LGBT-Bildern in den Medien und der Popkultur mögen die Wahrnehmung von LGBT-Personen dahingehend beeinflusst haben, dass die gesellschaftliche Akzeptanz gewachsen ist. Öffentliche Sichtbarkeit und der Mediendiskurs sind bedeutsam, weil sie die öffentliche Meinung mitprägen. In Bezug auf LGBT-Identität, die Community und LGBT-Aktivismus wirkt der Diskurs in mehrere Richtungen: Zum einen hat er einen Einfluss auf die allgemeine öffentliche Wahrnehmung (was ist LGBT?, wie werden gleichgeschlechtliche Beziehungen betrachtet?). Zweitens ermöglicht er LGBT-Personen den Zugang zu spezifischen Informationen. Darüber hinaus erzeugt er bei ihnen ein gewisses Bewusstsein dahingehend, wie gleichgeschlechtliche Beziehungen wahrgenommen werden – wenn nicht von der Gesellschaft insgesamt, so doch von bestimmten Teilen, etwa durch Journalisten. So brachten landesweite Fernsehkanäle wie TNT und

NTV populäre Sendungen wie »Sex mit Anfisa Tschewowa« oder »Lolita. Keine Komplexe«, in denen recht häufig LGBT-Themen im Mittelpunkt standen. Veranstaltungs- und Kulturmagazine wie »Afischa« und »Wasch Dosug« (»Eure Freizeit«) berichteten regelmäßig auch über LGBT-Veranstaltungen; darüber hinaus waren dort auch Namen und Adressen von Schwulen- und Lesbenbars und -cafés zu finden.

Die Wahrnehmung bei LGBT-Personen in Bezug auf gesellschaftliche Akzeptanz wird nicht nur durch Medien und Popkultur geprägt, sondern auch durch die Orte des Nachtlebens. In den 1990er und 2000er Jahren besuchten LGBT-Personen nicht nur Orte ihrer Communities, sondern auch »normale« Bars und Clubs; diese organisierten auch Veranstaltungen für LGBT-Personen. So waren Dragqueen-Shows wie die von Zaza Napoli organisierten »Paradiesvögel« Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre sehr populär. Zaza Napoli selbst gab eine Reihe von Partys in Moskauer Clubs, war an großen Werbekampagnen beteiligt (etwa bei der Neujahrswerbung für die Kosmetikkette »Arbat Prestige«) und moderierte sogar auf dem landesweiten TV-Kanal NTV die Sendung »Suk@ljubow«. Das allgemeine Publikum dieser Locations, häufige Besucher der Clubs oder Angehörige von Künstlerkreisen zeigten eine größere Akzeptanz gegenüber LGBT-Personen.

Grenzen der Akzeptanz

Beim Thema öffentliche Akzeptanz und deren Auswirkungen auf die LGBT-Bewegung muss allerdings konstatiert werden, dass es hier eher um die Wahrnehmung einer Akzeptanz geht und nicht darum, dass die Akzeptanz in der Gesellschaft insgesamt tatsächlich zugenommen hätte. Die Wahrnehmung, dass eine Akzeptanz im eigenen Umfeld besteht, führt zu einem verstärkten Selbstbewusstsein von LGBT-Personen für ein Coming Out, und in der Konsequenz dazu, die Anerkennung ihrer Rechte einzufordern. Russische LGBT-Aktivistinnen wurden sichtbarer und gingen in ihren Bemühungen, Aufmerksamkeit für LGBT-Themen zu erzeugen, stärker in die Öffentlichkeit. Als Beispiel kann hier der Versuch von Ed Mischin (Redakteur eines Schwulenmagazins und einer Website) und Edward Mursin (heterosexueller Politiker und Abgeordneter des Regionalparlaments in Baschkortostan) genannt werden, ihre Ehe auf einem Moskauer Standesamt registrieren zu lassen – als Teil ihrer Kampagne für gleichgeschlechtliche Ehen.

Gleichzeitig kann eine erhöhte Sichtbarkeit von LGBT-Aktivistinnen, die eine Anerkennung ihrer Rechte fordern, auch auf sie selbst zurückschlagen. Öffentlichkeitswirksamere Veranstaltungen wie *Pride*-Paraden und andere Straßenaktionen können starke homophobe und/oder konservative Reaktionen der Öffentlichkeit

auslösen. So verkündete 2006 eine Gruppe von LGBT-Aktivistinnen ihren Plan, die erste Moskauer *Gay Pride*-Parade in Form eines Festivals mit ausländischen Gästen zu veranstalten. Teil der Parade sollte unter anderem ein Marsch durch das Stadtzentrum sein. Der Kulturteil des *Pride*-Festivals (unter anderem eine Konferenz des »International Lesbian and Gay Cultural Network« und der Vortrag über Oscar Wilde, gehalten von dessen Enkel Merlin Holland) wurde erlaubt, weil die Veranstaltungen in Gebäuden stattfanden. Der Marsch hingegen wurde vom Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow mit der Begründung verboten, dass es Sorgen um die Sicherheit der Teilnehmer gebe. Die Organisatoren beschlossen dennoch, den nicht genehmigten Marsch abzuhalten. Dieser stieß auf gewalttätige Reaktionen nationalistischer und russisch-orthodoxer Gruppierungen und war Anlass zu ablehnenden Stellungnahmen von Politikern: Luschkow bezeichnete *Pride*-Paraden als »Massenvernichtungswaffen« und »Satanswerk« und behauptete, gleichgeschlechtliche Beziehungen seien eine der Ursachen für HIV/AIDS.

Die negativen Haltungen mündeten in der Verabschiedung von Gesetzen, durch die die Propagierung nichttraditioneller geschlechtlicher Beziehungen (»Propagierung von Homosexualismus«) vor Kindern verboten wurde.

Zunehmende Ablehnung

Die Politik des Staates bedeutet für die LGBT-Bewegung eine erhebliche Beeinträchtigung. Konservative und nationalistische Rhetorik tritt im politischen und gesellschaftlichen Leben Russlands immer stärker in den Vordergrund. Hinzu kommt der zunehmende Einfluss der Russischen Orthodoxen Kirche auf Politik und Gesellschaft sowie der Umstand, dass die Kirche gleichgeschlechtliche Beziehungen ablehnt – beides ist für eine erhöhte Toleranz gegenüber LGBT-Personen keineswegs förderlich. So dankte Erzpriester Wsewolod Tschaplin, seinerzeit Leiter des Synodalamtes der Orthodoxen Kirche für die Beziehungen der Kirche zur Gesellschaft, den Behörden der Stadt Moskau im Namen der Kirche für die gewaltsame Auflösung des Versuchs vom Mai 2011, eine *Pride*-Parade zu veranstalten.

Ein Ergebnis des Tandems aus Staat und Religion war das Konzept der »traditionellen Werte«. Es gibt kein genaues Übereinkommen, was diese »traditionellen« Werte eigentlich sind. Sie beschränken sich allerdings nicht auf die Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen und die Förderung der traditionellen Familie. Präsident Wladimir Putin beispielsweise betrachtet sie als moralische Grundlage menschlichen Lebens, wie er im Dezember 2013 in seiner jährlichen Ansprache an die Föderalversammlung verkündete. Die religiöse und poli-

tische Elite setzt das Konzept der »traditionellen Werte« ein, um die Einzigartigkeit der russischen Kultur (die Traditionalismus und Moralität beweist) dem Westen gegenüber zu betonen (der Liberalismus und Individualismus demonstriert). Die Kultur und die Einzigartigkeit der Nation sollen gewahrt und vor fremdem Einfluss geschützt werden. LGBT-Personen werden als Bestandteil dieses aus dem Westen kommenden negativen kulturellen Einflusses und als Gefahr für Sitte und Moral betrachtet.

Die zunehmend ablehnenden Haltungen und der konservative Diskurs mündeten auf föderaler und regionaler Eben in die Verabschiedung von Gesetzen gegen »homosexuelle Propaganda«. Diese Gesetze können als Manifestation von Russlands Herausforderung gegenüber der Dominanz des Westens betrachtet werden, wie auch als Versuch, sich auf der internationalen Bühne einen wichtigen Platz als Hüterin der Traditionen zu sichern. Die Behörden wenden diese Gesetze an, indem verschiedene LGBT-Veranstaltungen und -Projekte unter dem Vorwand des Kinderschutzes verboten werden. So wurden beispielsweise verschiedene Interpreten (u. a. Madonna und Lady Gaga) und Aktivisten für LGBT-Rechte mit Geldstrafen belegt, weil sie ihre Unterstützung für LGBT-Personen demonstriert haben. Die Gruppe »Deti-404« (dt.: »Kinder-404«, ein Internetprojekt das LGBT-Jugendlichen psychologische Hilfe anbietet) ist ein weiteres Beispiel. 2016 sperrte ein Gericht in Barnaul die Website wegen »Propagierung von Homosexualismus«.

Neben diesen Gesetzen sind noch andere verabschiedet worden, die die Entwicklung oppositioneller Tätigkeit insgesamt hemmen, auch die der LGBT-Bewegung:

- Nichtkommerzielle Organisationen, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten und sich politisch betätigen, wurden verpflichtet, sich als ausländische Agenten registrieren zu lassen;
- verwaltungsrechtliche Sanktionen für Verstöße gegen das Versammlungsrecht: Erhöhung der Geldstrafen (10 – 20.000 Rubel, zum aktuellem Wechselkurs etwa 150 – 300 Euro.), Administrativarrest (bis zu 10 Tage) und Einführung neuer Strafen in Form von obligatorischer Arbeit (bis zu 50 Stunden);
- Einführung strafrechtlicher Sanktionen für wiederholte Verstöße gegen das Versammlungsrecht (Organisation und Durchführung von Protesten) in Form von bis zu fünf Jahren Gefängnis;
- Verbot unerwünschter internationaler Organisationen, die eine Gefahr für die Sicherheit des Staates sowie die öffentliche Ordnung und Gesundheit darstellen.

Diese rechtlichen Änderungen sind sogar noch bedrohlicher für die Bewegung, da sie es den Behörden ermög-

lichen, LGBT-Organisationen aufzulösen, ausländische Finanzierung zu blockieren und die Bereitschaft von LGBT-Personen zum Engagement auf ein Minimum zu reduzieren, indem letztere nicht nur Gewalt und Verfolgung zu fürchten haben, sondern auch Strafverfahren und/oder Ordnungsstrafen.

Folgen für die LGBT-Bewegung

Die Verabschiedung der Gesetze gegen »Propagierung von Homosexualismus« führte zu einer Intensivierung von Diskriminierung und Hassverbrechen gegen LGBT-Personen. Homophobe Einzelgänger und Gruppen nutzen diese Gesetze als Rechtfertigung für ihre Aktionen. Diese Hassverbrechen werden oft von Personen verübt, die aus jenen nationalistischen Anti-LGBT-Gruppen kommen, die 2011–2012 entstanden und sich über das ganze Land ausgebreitet haben. So wurde die homophobe Gruppe »Occupy Pedophilia« 2011 gegründet und hat bis 2014 landesweit rund 40 Filialen eingerichtet. Diese Gruppen suchen im Internet nach ihren Opfern, locken sie unter dem Vorwand eines Dates zu einem Treffen, erniedrigen und verprügeln sie dann und nehmen alles auf, um es online zu stellen. Diese Gruppen erkennen keinen Unterschied zwischen »schwul« und »pädophil«. Unter dem Vorwand des Schutzes von Kindern vor Pädophilen werden gewöhnlich (meist schwule) Jugendliche und Erwachsene aus der LGBT-Community ins Visier genommen.

Opfer entschließen sich oft dagegen, zur Polizei zu gehen, weil sie fürchten, exponiert, erniedrigt oder weiter drangsaliert zu werden. Selbst dann, wenn tatsächlich Aussagen aufgenommen werden, unternimmt die Polizei keine angemessene Untersuchung dieser Hassverbrechen, vor allem deshalb, weil bei der Polizei ebenfalls Homophobie vorherrscht. So ist die Drangsaliierung von LGBT-Personen durch die Polizei nichts Ungewöhnliches. Das Russische LGBT-Netzwerk hat 2015 insgesamt 21 Fälle von Fehlverhalten und Misshandlung durch die Polizei dokumentiert, beispielweise verweigerte Aufnahme von Anzeigen und Aussagen, psychische Gewalt gegen Opfer, erniedrigende Behandlung oder rechtswidrige Festnahmen. Die tatsächliche Zahl ist aller Wahrscheinlichkeit nach höher, doch auch hier besteht das Problem der Dokumentation, weil Opfer Bloßstellung und weitere Erniedrigung fürchten. Ein Fall aus Krasnodar kann als Beispiel für Fehlverhalten durch Angehörige der Polizei gelten: Im Juli 2016 hatten zwei Polizisten einen jungen Mann ohne jeden Grund festgenommen; als sie herausfanden, dass dieser schwul ist, fingen sie an, ihn zu beleidigen und drohten sogar mit Vergewaltigung.

LGBT-Veranstaltungen und Büros von LGBT-Organisationen befinden sich in ständiger Gefahr, von homo-

phoben Personen oder Gruppen attackiert zu werden. So gab es im August 2016 einen Angriff auf eine Veranstaltung des LGBT-Sportverbandes, drei Personen wurden verletzt.

Auch die Behörden haben ihren Anteil an der Einschüchterung und Drangsalierung von LGBT-Aktivist*innen. So stellten die Behörden unter verschiedenen Vorwänden Teilnehmern einer Protestveranstaltung nach, die 2014 am Internationalen Tag der Solidarität mit LGBT-Jugendlichen in Samara organisiert worden war: Die Polizei suchte die Wohnung der Mutter eines der Aktivist*innen auf; ein anderer Aktivist wurde zum Wehrdienst eingezogen, obwohl er aus gesundheitlichen Gründen zurückgestellt war.

Aktivist*innen für LGBT-Rechte befinden sich in Russland in einer feindlichen Umgebung. Dadurch ist der Zustrom neuer Aktivist*innen in die LGBT-Bewegung

zurückgegangen, da Aktivismus oft ein in höherem Maße sichtbares, öffentliches Leben bedeutet. Es gibt sogar viele LGBT-Personen, die ihre Unterstützung für die Aktivist*innen und deren Engagement nicht zum Ausdruck bringen. Und viele LGBT-Personen riskieren es lieber nicht, sich der Bewegung anzuschließen, weil sie sich nicht trauen, sich vor ihren Familien, Freunden, Arbeitskollegen und einer breiteren Öffentlichkeit zu exponieren. Eine wachsende Zahl von LGBT-Personen (auch Aktivist*innen) verlässt das Land und sucht im Ausland politisches Asyl, um den Attacken, der Drangsalierung und Erniedrigung zu entgehen. LGBT-Gruppen und -Organisationen sind nun genötigt, nicht an ihrer Weiterentwicklung zu arbeiten, sondern sich vor allem um das eigene Überleben zu kümmern.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Radzhana Buyantueva ist Doktorandin der Politikwissenschaft an der Universität Newcastle. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Entwicklung der Protestaktivitäten der LGBT-Bewegung in Russland und den Faktoren, die auf diese Entwicklung einwirken.

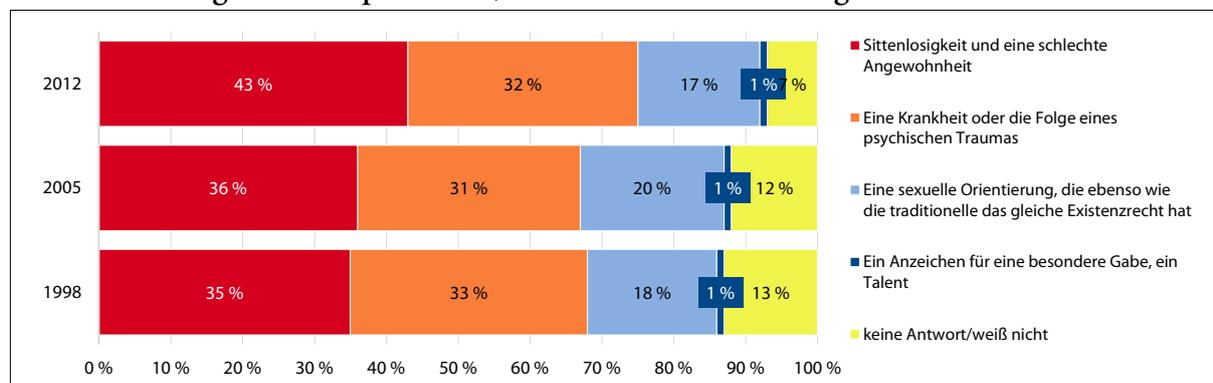
Lesetipps

- Kondakov, Alexander: The Silenced Citizens of Russia: Exclusion of Non-heterosexual Subjects from Rights-Based Citizenship, in: Social and Legal Studies, 23.2014, Nr. 2, S. 151–174.
- Stella, Francesca: Lesbian Lives in Soviet and Post-Soviet Russia. Post/Socialism and Gender Sexualities. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2015.

UMFRAGE

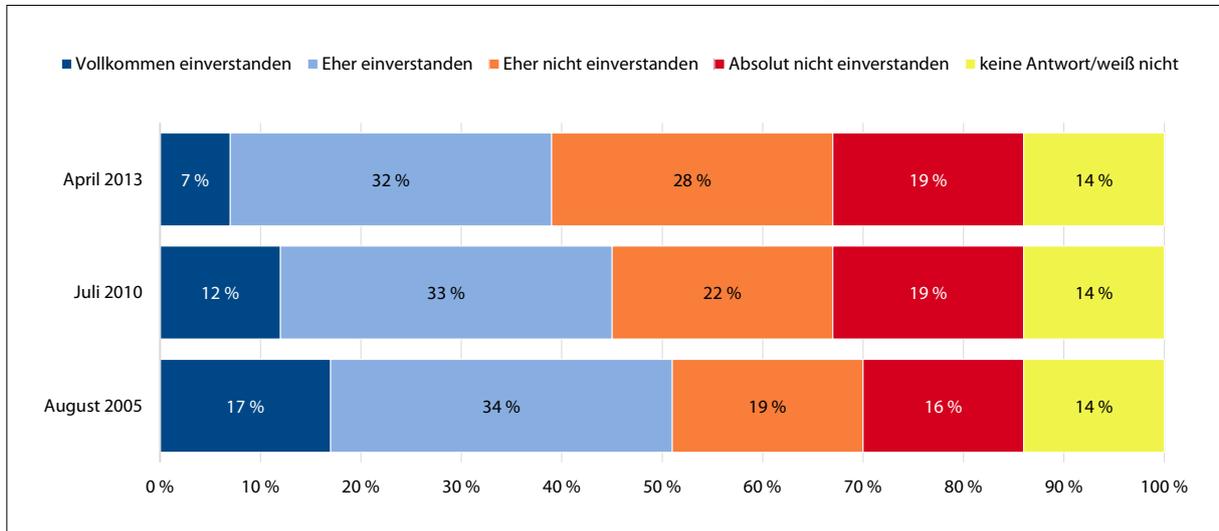
Einstellung der russischen Bevölkerung zu Homosexualität und HIV/Aids

Grafik 1: Was glauben Sie persönlich, ist Homosexualität im Allgemeinen?



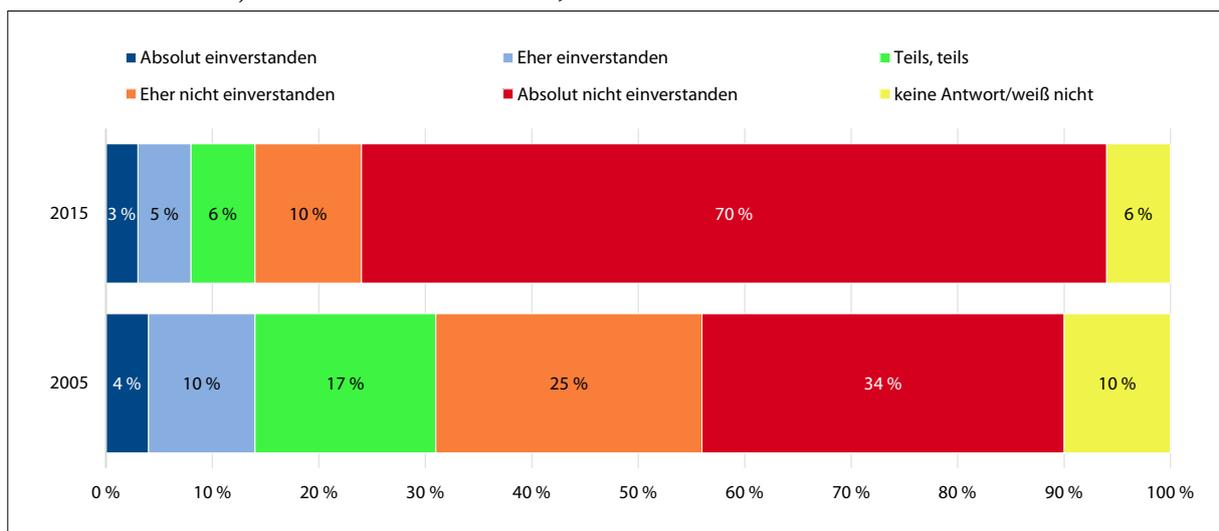
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums (2013), <<http://www.levada.ru/2013/05/17/obshhestvennoe-mnenie-o-gomoseksualistah/>>

Grafik 2: Sind Sie mit der Aussage einverstanden oder nicht, dass Schwule und Lesben die gleichen Rechte wie auch andere Bürger in Russland genießen sollten?



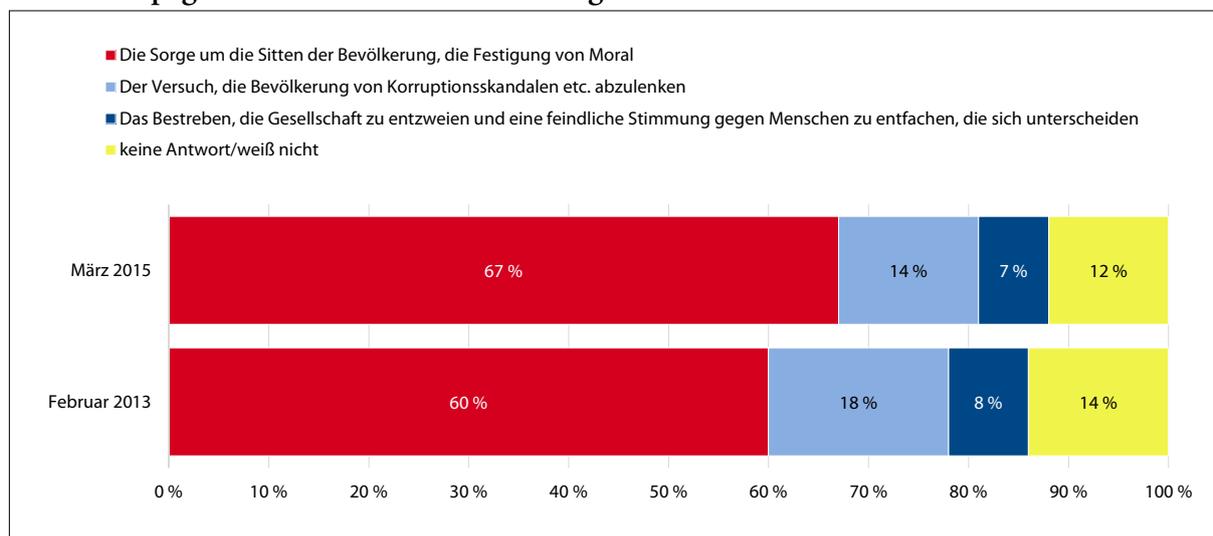
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums (2013), <<http://www.levada.ru/2013/05/17/obshhestvennoe-mnenie-o-gomoseksualistah/>>

Grafik 3: Sind Sie persönlich einverstanden, dass gleichgeschlechtliche Paare (Schwule und Lesben) das Recht haben sollten, untereinander Ehen zu schließen oder nicht?



Quelle: repräsentative Umfragen des Allrussischen Meinungsforschungszentrums WZIAM (2015), <<https://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115315>>

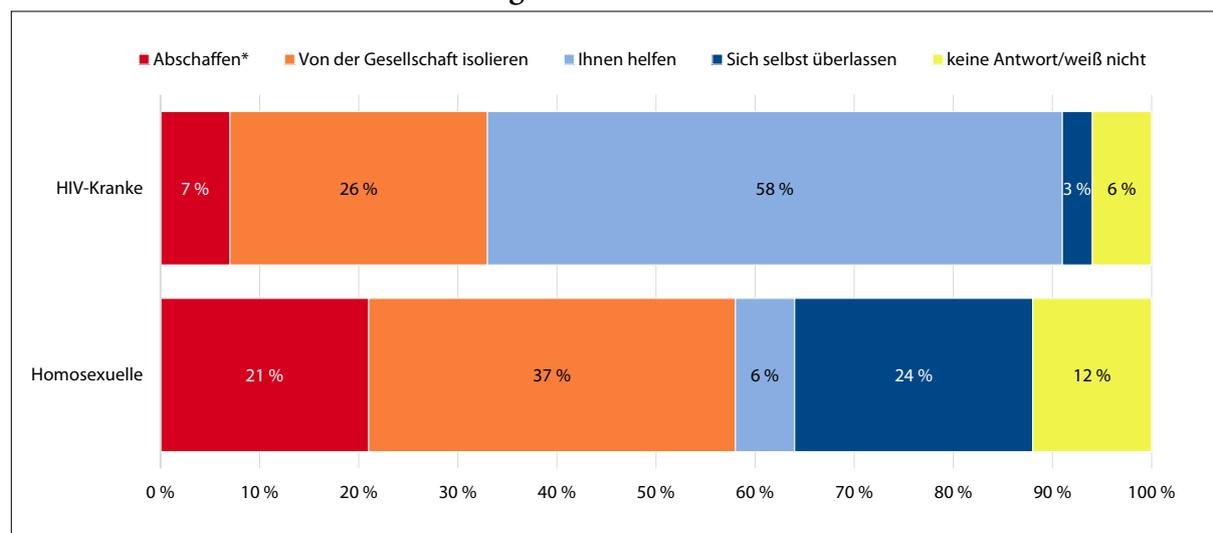
Grafik 4: Was glauben Sie, welche Absichten liegen vor allem dem Gesetz zum Verbot der »Propaganda von Homosexualität«* zugrunde?



* 2013 wurde in Russland das »föderale Gesetz zum [...] Schutz von Kindern vor Informationen, die die Verneinung von traditionellen Familienwerten propagieren« verabschiedet. Gesetzesverstöße werden mit Geldstrafen oder bei ausländischen Staatsbürgern mit Abschiebung geahndet. Das Gesetz wird vielfach dafür kritisiert, dass unter dem Vorwand Kinderrechte schützen zu wollen, LGBT vorwiegend diskriminiert werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte 2017 zu Gunsten von drei Aktivisten, die gegen das Gesetz geklagt hatten. Das russische Gesetz sei diskriminierend und befördere Homophobie, befand das Gericht.

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums (2015), <<https://www.levada.ru/2015/05/05/nevidimoe-menshinstvo-k-probleme-gomofobii-v-rossii/>>

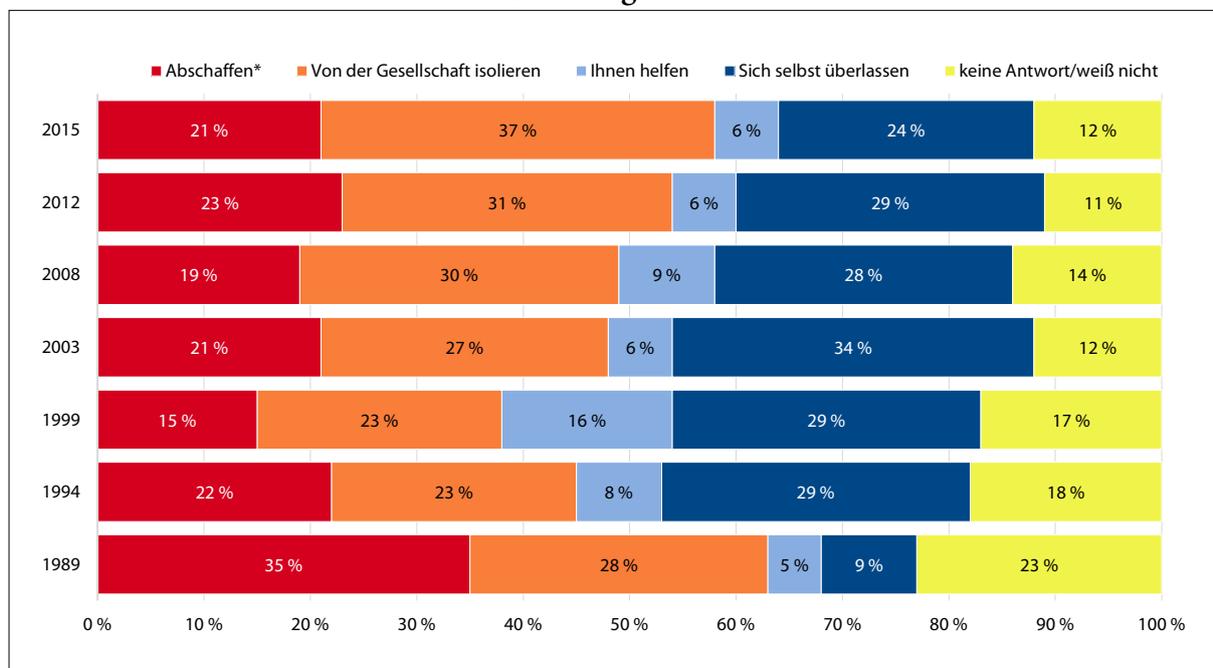
Grafik 5: Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit Homosexuellen / HIV-Kranken umgehen? Antworten von 2015 im Vergleich



*Das russische Original, »likwidirovat«, lässt auch die Übersetzung »liquidieren« zu.

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums, <<http://www.levada.ru/2010/08/05/gomoseksualnost-v-rossijskom-obshhestvennom-mnenii/>> und <<http://www.levada.ru/2015/10/09/otklonyayushheesya-povedenie/>>

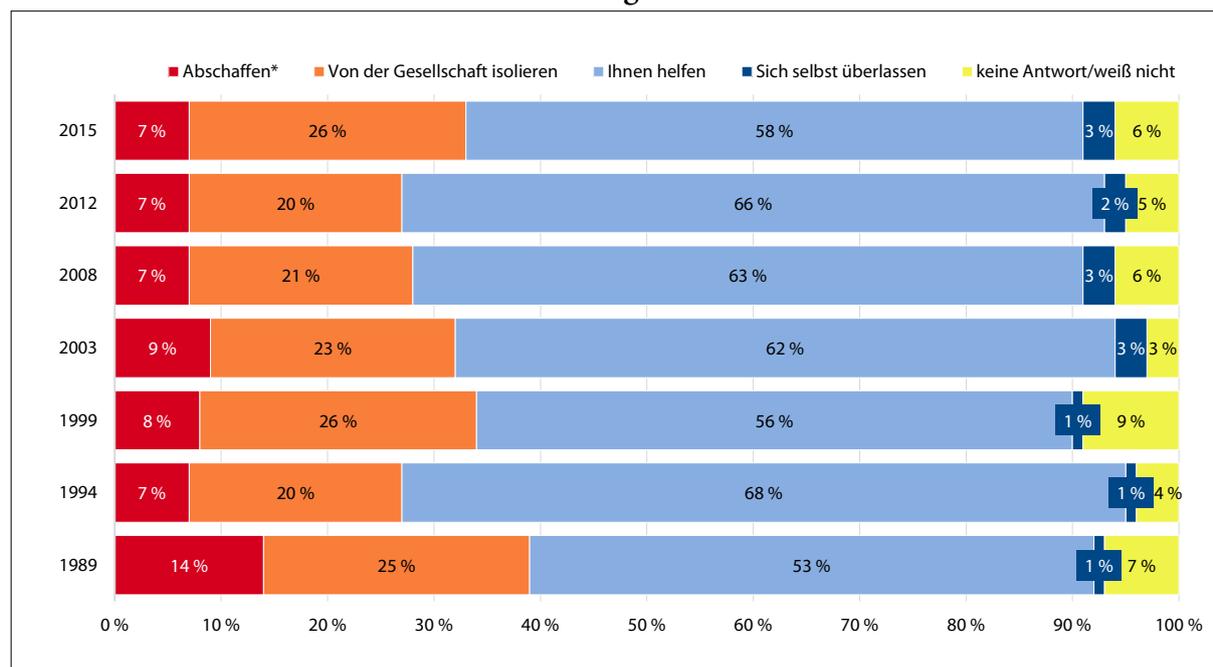
Grafik 6: Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit Homosexuellen umgehen?
Antworten von 1989 bis 2015 im Vergleich



*Das russische Original, »likwidirovat«, lässt auch die Übersetzung »liquidieren« zu.

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums, <<http://www.levada.ru/2010/08/05/gomoseksualnost-v-rossijskom-obshhestvennom-mnenii/>> und <<http://www.levada.ru/2015/10/09/otklonyayushheesya-povedenie/>>

Grafik 7: Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit HIV-Kranken umgehen?
Antworten von 1989 bis 2015 im Vergleich



*Das russische Original, »likwidirovat«, lässt auch die Übersetzung »liquidieren« zu.

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada Zentrums, <<http://www.levada.ru/2010/08/05/gomoseksualnost-v-rossijskom-obshhestvennom-mnenii/>> und <<http://www.levada.ru/2015/10/09/otklonyayushheesya-povedenie/>>

Warum Russland bei der Bekämpfung von HIV und Aids scheitert

Von Ulla Pape (Institut für Europastudien, Universität Bremen)

Zusammenfassung

Während der Kampf gegen HIV und Aids weltweit große Fortschritte erzielt, steigt im Gegensatz dazu die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Russland stetig an. Mit über einer Million HIV-Kranken hat Russland einen bedauernswerten Höchststand erreicht. Durch politische Versäumnisse, eine mangelnde medizinische Versorgung und Negierung der Problematik sind die Aussichten düster, trotz international bewährter Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie.

Einführung

Russlands Aids-Epidemie ist in den vergangenen 15 Jahren beängstigend schnell vorangeschritten. Während es bis Mitte der 1990er Jahre kaum HIV-Infektionen in Russland gab, ist die Zahl der Infizierten in den letzten Jahren rasant gestiegen. Nach den Zahlen des Föderalen Aids-Zentrums vom September 2017 hat insgesamt die Anzahl der Menschen mit HIV in Russland im vergangenen Jahr die Millionen-Marke überschritten. In einigen Regionen, besonders im Wolgagebiet und in Sibirien, wird die Aids-Epidemie inzwischen als »allgemein« bezeichnet. Dies bedeutet, dass sich das Virus nicht mehr allein auf Hochrisikogruppen, wie zum Beispiel Drogenabhängige, SexarbeiterInnen oder Männer, die Sex mit Männern haben, beschränkt, sondern auf die allgemeine Bevölkerung erstreckt. Immer häufiger wird HIV bei jungen Russen diagnostiziert, die sich in keinerlei Weise darüber bewusst waren, dass die Epidemie sie selbst betreffen könnte.

Die wichtigste Ursache für die starke Verbreitung von HIV in Russland ist politischer Art. Seit Jahren hat es die russische Regierung versäumt, systematische und umfangreiche Präventionsarbeit zu leisten. Nichtregierungsorganisationen im Bereich von HIV und Aids werden im besten Falle toleriert, häufig jedoch von staatlichen Stellen behindert oder ausgegrenzt. Nichtstaatliche Aids-Organisationen haben so gut wie keine Chance, staatliche Förderung für ihre Sozialprogramme zu erhalten, und sind aufgrund ihrer internationalen Kontakte und Finanzierung zudem der Gefahr ausgesetzt, unter das »Ausländische-Agenten«-Gesetz zu fallen. Obwohl die Organisationen häufig gute Arbeit auf lokaler Ebene leisten, gelingt es ihnen aufgrund von Finanzierungsproblemen meist nicht, Präventionsprogramme in größerem Maßstab anzubieten. Präventionsarbeit in Russland bleibt daher häufig lückenhaft und ist darum zumeist nur der bekannte »Tropfen auf den heißen Stein«.

Für eine wirkungsvolle Bekämpfung von HIV/Aids in Russland fehlt es besonders an Programmen für Drogenabhängige und SexarbeiterInnen sowie andere Bevölkerungsgruppen, die besonders von der Epidemie betroffen sind. Hier könnte durch gute Gesundheitsarbeit,

wie zum Beispiel durch sogenannte Spritzentauschprogramme, viel erreicht werden. Aber auch allgemeine Öffentlichkeitskampagnen zum Thema HIV/Aids und Aufklärungsprogramme für junge Menschen gibt es kaum. Ein besonderes Problem stellt die Prävention und Behandlung von HIV innerhalb der schwulen Gemeinschaft dar, da diese Gruppe in Russland von einer doppelten Diskriminierung als Homosexuelle und potentiell HIV-Infizierte betroffen ist.

Da es jedoch in Russland bislang an dem politischen Willen fehlt, die Empfehlungen internationaler Gesundheitsorganisationen aufzugreifen und wirkungsvolle Präventionsprogramme umzusetzen, wird sich die Aids-Epidemie vermutlich auch in Zukunft ungehindert in Russland ausbreiten. Dies ist umso bedauerlicher, als dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt viele Ansätze in der HIV-Prävention gibt, deren Wirksamkeit sich in langjähriger Praxis erwiesen hat. Obwohl wir mit den Worten von Peter Piot, des früheren UNAIDS-Direktors, »wissen, was wirkt«, entzieht sich Russland der Erfahrung internationaler Gesundheitspolitik und nimmt damit eine weitere Ausbreitung der Epidemie in Kauf.

Russlands HIV- und Aids-Epidemie

Schaut man sich die Entwicklung der russischen HIV- und Aids-Epidemie an, so fällt auf, dass die Epidemie das Land bzw. die Gesamtregion wesentlich später erreichte als die USA und Westeuropa, wo die ersten Fälle von HIV-Infektionen in den frühen 1980er Jahren festgestellt wurden. In der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten blieben die Infektionsraten bis Mitte der 1990er Jahre auf äußerst niedrigem Niveau. Der dann einsetzende rasante Anstieg der Infektionsraten in der Region ist eng mit den sozialökonomischen Schwierigkeiten der post-sowjetischen Transformation verbunden. Auf der einen Seite führten die Umbrüche zu einem Anstieg risikoreichen Verhaltens in der Bevölkerung, wie zum Beispiel Drogengebrauch, ungeschützte Sexkontakte, Prostitution, Alkohol und Gewalt. Zum anderen nahm die staatliche Steuerungsfähigkeit mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Gesundheitssystems stark ab, was zur Folge hatte, dass staatliche Präventions- und

Behandlungsprogramme für Menschen mit HIV nur auf äußerst dürftigen Niveau eingerichtet wurden.

Auch pfadabhängige Faktoren waren für den Anstieg der Epidemie im post-sowjetischen Raum verantwortlich. Das sowjetische Gesundheitssystem basierte im Wesentlichen auf Verboten und Kontrolle und kannte keinen Raum für gesundheitliche Aufklärung, Eigenverantwortung und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Durch die patriarchale Prägung der Gesundheitspolitik war die Bevölkerung in Russland und anderen Staaten der früheren Sowjetunion nur schlecht auf den Umgang mit neuen Risiken wie zum Beispiel Drogen oder sexuell übertragbaren Krankheiten vorbereitet.

Seit dem Beginn der 2000er Jahre ist die Verbreitung von HIV im post-sowjetischen Raum eng mit intravenösem Drogengebrauch verbunden. Innerhalb der Region verzeichnet Russland die höchste Anzahl von Menschen, die intravenös Drogen konsumieren. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) betrug ihre Anzahl 2015 insgesamt 1,8 Millionen Menschen, was einem Anteil von 2,3 Prozent der russischen Bevölkerung im Erwachsenenalter entspricht. Durch die enge Verbindung zum intravenösen Drogengebrauch betraf HIV in Russland zunächst Männer im jungen bis mittlerem Alter. In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Bild der Epidemie jedoch verändert. Es lässt sich eine Zunahme der Übertragung durch sexuelle Kontakte feststellen, wodurch auch der Anteil der Frauen innerhalb der Gruppe von Menschen mit HIV ansteigt und staatlichen Angaben zufolge 2015 insgesamt 38 Prozent der Neuinfektionen ausmachte.

Mit dem Fortschreiten der Epidemie und der Unterversorgung in der medizinischen Behandlung ist in den letzten Jahren auch die Anzahl der Menschen gestiegen, die an den Folgen einer HIV-Infektion sterben. 2014 starben in Russland 24,000 Menschen an Aids. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Ko-Infektionen mit Tuberkulose sowie Todesfälle von Menschen mit HIV, die auf Drogengebrauch zurückzuführen sind, nicht eingerechnet sind.

Das Versagen der staatlichen Aids-Politik in Russland

Die Ausbreitung von HIV in Russland ist das Ergebnis einer verfehlten Politik. Dies ist erstaunlich, da das Problem seit langem bekannt ist. 2006 bezeichnete Präsident Putin den Kampf gegen die Aids-Epidemie in einer Rede vor dem Sicherheitsrat Russlands als eine Priorität für Russland. Diesen Worten sind jedoch keine Taten gefolgt. Das Problem wird weiterhin von den politischen Entscheidungsträgern in Russland vernachlässigt.

Die wesentlichen Schwachstellen der staatlichen Aids-Politik in Russland umfassen drei Bereiche. Zum einen fehlt es an allgemeinen Informations- und Präventionskampagnen, vor allem für junge Menschen. Internationale Gesundheitsorganisationen wie die WHO und UNAIDS befürworten eine kulturell angepasste Aufnahme von Aufklärungsprogrammen in das Curriculum weiterführender Schulen, da diese es ermöglichen, wichtige Informationen einem breiten Kreis von Heranwachsenden zur Verfügung zu stellen und die allgemeine Sensibilisierung in Bezug auf Sexualität und Gesundheit zu stärken. Auch in Russland gab es in den 1990er Jahren Bestrebungen, Sexualkundeunterricht in den Schulen einen festen Platz zu geben. Russische Wissenschaftler, unter anderem der bekannte Sexualwissenschaftler und Soziologe Igor Kon, setzten sich für die Entwicklung von russischen Programmen zur Sexualaufklärung ein. Ihre Anstrengungen scheiterten jedoch am Widerstand der Russischen Orthodoxen Kirche und anderer konservativer Akteure. Bis heute gibt es keinen Sexualkundeunterricht an russischen Schulen, obwohl die Programme eine vergleichsweise kostengünstige Möglichkeit bieten könnten, Heranwachsende über Gesundheit und sexuell übertragbare Infektionen zu informieren. Auch allgemeine Medien- und Aufklärungskampagnen in Bezug auf HIV und Aids finden nur im begrenzten Umfang statt. Der allgemeine Informationsstand der russischen Bevölkerung in Bezug auf HIV und Aids ist daher niedrig. Viele Menschen nehmen HIV als ein Randgruppenproblem wahr.

Eine zweite wichtige Schwachstelle in der staatlichen Aids-Politik ist das Fehlen von Präventionsprogrammen für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Drogennutzer und SexarbeiterInnen. Spritzenaustauschprogramme und andere spezielle Präventionsprogramme für diese Zielgruppen werden in Russland entweder nicht angeboten oder finden nur auf lokaler Ebene in einem sehr begrenzten Umfang statt, der es nicht ermöglicht, einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Epidemie zu leisten. Sogenannte Substitutionsprogramme, die einen Ausstieg aus der Drogenabhängigkeit oder zumindest eine Stärkung der Gesundheitssituation der Betroffenen ermöglichen sollen, sind in Russland im Gegensatz zu anderen Ländern des post-sowjetischen Raums rechtlich untersagt. Dies führt zu einer gesundheitlichen Unterversorgung von Drogenutzern, welche die russische HIV- und Aids-Epidemie weiterhin in Gang hält.

In einem Interview anlässlich des Welt-Aids-Tages 2017 argumentierte der Direktor der gemeinnützigen Organisation »SPID-Zentr« (Aids-Zentrum) Anton Krasowskij, dass die russische Aids-Politik gescheitert sei, da die Regierung nicht bereit sei, die der Epidemie

zugrundeliegenden Ursachen vollständig anzuerkennen. Krasowskij benennt vor allem das Fehlen von Gesundheits- und Präventionsprogrammen für Drogennutzer als Hauptproblem in der Bekämpfung der HIV- und Aids-Epidemie in Russland.

Es ist auffällig, dass Russland auch im Vergleich mit den Nachbarländern Belarus und Ukraine im Kampf gegen die Epidemie zurückfällt, obwohl die finanzielle Ausstattung seines Gesundheitssystems einen größeren Handlungsspielraum erlaubt. Dieser Umstand wird von Krasowskij und anderen Gesundheitsexperten auf die Ablehnung von evidenzbasierten Gesundheits- und Präventionsprogrammen zurückgeführt. Andere Länder der Region, wie zum Beispiel Belarus und die Ukraine, haben sich für eine pragmatischere Politik im Umgang mit HIV entschieden und können, besonders was die Bekämpfung von HIV in der Zielgruppe von Drogennutzern betrifft, erste Erfolge vorweisen.

Das dritte Hindernis im Umgang mit HIV und Aids in Russland betrifft den Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen, die mit HIV leben. Durch die sogenannte antiretrovirale Therapie kann das Fortschreiten einer HIV-Infektion aufgehalten werden, was sowohl die Überlebensdauer des betroffenen Patienten erhöht als auch das Übertragungsrisiko bei konsequenter Behandlung auf Null senkt. Internationale Gesundheitsorganisationen empfehlen daher die sogenannte 90-90-90-Strategie: 90 Prozent aller HIV-Infizierten sollten ihren Status kennen, 90 Prozent aller Diagnostizierten sollten Zugang zu Behandlung haben, und bei 90 Prozent der Behandelten sollte kein Virus mehr nachweisbar sein.

Russland kann dieser Empfehlung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal annähernd entsprechen. Nach Einschätzungen von Gesundheitsexperten liegt der Anteil der Menschen mit HIV, die in Russland Zugang zur antiretroviralen Therapie haben, zwischen 17 und 26 Prozent, was sogar deutlich geringer als der weltweite Durchschnitt von 46 Prozent ist. Besonders Drogennutzer und andere Randgruppen der Gesellschaft haben es schwer, einen Platz in einem staatlichen Behandlungsprogramm zu erhalten, obwohl die kostenlose Behandlung von HIV in Russland gesetzlich festgeschrieben ist. Hinzu kommen logistische Probleme in der Versorgung mit HIV-Medikamenten. In vielen russischen Regionen kommt es regelmäßig zu Versorgungsengpässen in staatlichen Behandlungszentren, die dazu führen, dass Betroffene ihre Behandlung aussetzen oder abbrechen müssen.

Folge dieser staatlich verursachten Engpässe ist eine »Privatisierung« bei der Behandlung von HIV. Betroffene mit den entsprechenden finanziellen Möglichkeiten nehmen ihre Behandlung (mit Hilfe von behandelnden

Ärzten) selbst in die Hand und kaufen die nötigen Medikamente in Europa oder Indien. Darüber hinaus sind im Internet Tauschbörsen entstanden, auf denen HIV-Medikamente bei Bedarf zwischen Regionen getauscht werden können. Diese privaten Initiativen stärken das Solidaritätsgefühl in der Gruppe der Betroffenen, können jedoch das grundsätzliche Gerechtigkeitsproblem in Bezug auf den Zugang zu der lebensverlängernden Behandlung nicht beheben. Aufgrund der steigenden Infektionszahlen wird die Anzahl der Menschen in Russland, die auf antiretrovirale Therapie angewiesen sind, in Zukunft weiter steigen. Obwohl die russische Regierung den Zugang zur Behandlung als Priorität erkannt hat, ist die Finanzierung der staatlichen Behandlungsprogramme nicht erhöht worden, was dazu führt, dass sich die Schere zwischen Behandlungsbedarf und den Kapazitäten weiter vergrößern wird. Durch den geringen Zugang zur Behandlung steigt auch die Sterblichkeitsrate durch HIV und Aids in Russland.

Stigma und Diskriminierung

Die Verbreitung von HIV und Aids in Russland ist eng mit dem Problem der Stigmatisierung und Diskriminierung verbunden. Menschen mit HIV sind in Russland auf zweierlei Weise von Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen. Zum einen bezieht sich das Stigma auf die HIV-Infektion als solche, zum anderen auf die sozialen Gruppen, die mit der Infektion in Verbindung gebracht werden. Menschen mit HIV sind daher vielen Einschränkungen unterworfen. Viele Betroffene in Russland berichten von Kündigungen, Problemen mit Vermietern oder Nachbarn, Diskriminierung in gesundheitlichen Institutionen sowie anderen rechtlichen und sozialen Problemen. Bevölkerungsgruppen, die als soziale Randgruppen wahrgenommen werden, erhalten nur erschwert Zugang zu medizinischer und sozialer Hilfe.

Die LGBT-Bewegung in Russland hat es besonders schwer in Bezug auf HIV und Aids. Obwohl aus anderen Ländern allgemein bekannt ist, dass homo- und bisexuelle Männer besonders von HIV und Aids betroffen sind, gibt es in Russland kaum Präventions- und Gesundheitsprogramme für diese Zielgruppe. In der staatlichen Aids-Statistik wird die Gruppe von Männern, die Sex mit Männern haben, nicht als gesonderte Kategorie aufgeführt, was bedeutet, dass es keine verlässlichen Daten über die Infektionsraten in dieser Zielgruppe gibt. Durch das Stigma, mit dem Homosexualität verbunden ist, vermeiden es Betroffene in staatlichen Behandlungszentren, ihre Homo- oder Bisexualität zu erwähnen, was erheblich zur Untererfassung der Zielgruppe beiträgt. Die Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen, die sich auf Präventions- und Gesundheits-

programme für homo- und bisexuelle Männer richten, wird durch die russische Gesetzeslage und durch die allgemeine Homophobie in der russischen Gesellschaft erschwert.

Fazit: Russlands Aids-Epidemie wird weiter fortschreiten

Der entscheidende Faktor für die stetig zunehmende Ausbreitung von HIV in Russland ist der fehlende politische Wille, die Epidemie mit evidenzbasierten Präventions- und Gesundheitsprogrammen zu bekämpfen. Die

Selbstisolierung Russlands führt auch zu einer Abwendung von internationalen Empfehlungen und Programmen zur Bekämpfung von HIV und Aids. Die Prognosen für die Zukunft sind daher düster. Bereits heute ist Russland weltweit eines der wenigen Länder, in dem die Aids-Epidemie nicht unter Kontrolle ist, sondern weiterhin fortschreitet. Bei einer fortgesetzten Weigerung, Präventionsprogramme einzuführen, muss auch in der Zukunft mit einem weiteren Anstieg der HIV-Infektionszahlen in Russland gerechnet werden.

Über die Autorin

Dr. Ulla Pape ist Lektorin am Institut für Europastudien der Universität Bremen. Sie forscht zu den Themen Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Zivilgesellschaft in Russland und Osteuropa.

Literatur zum Thema

- Avert – HIV and Aids in Russia, Global information and education on HIV and AIDS, <<https://www.avert.org/professionals/hiv-around-world/eastern-europe-central-asia/russia>>.
- Barnett, Tony; Alan Whiteside: AIDS in the 21st Century. Disease and Globalization, 2nd ed., Basingstoke: Palgrave Macmillan 2006.
- Pape, Ulla: The Politics of HIV/Aids in Russia, London / New York: Routledge 2014.
- UNAIDS, <<http://www.unaids.org/en/regionscountries/countries/russianfederation>>.
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): World Drug Report 2016, Wien: UNODC 2016.

DEKODER

»Schwule und politische Gefangene – sind das etwa die brennendsten Fragen?«

Von Pavel Kanygin (Nowaja Gaseta)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Pavel Kanygin erschien ursprünglich am 28.08.2016 in der Zeitung Nowaja Gaseta und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und auf dekoder.org veröffentlicht. dekoder bietet Medien und Kompetenz zum Thema Russland. Es bringt russischen Journalismus und wissenschaftliche Kompetenz aus deutschen Universitäten auf eine gemeinsame Plattform. Wir danken unserem Partner dekoder, Nowaja Gaseta und Pavel Kanygin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Einleitung von dekoder

32 Minuten dauerte die Autofahrt, auf der die Menschenrechtsbeauftragte des russischen Präsidenten Tatjana Moskalkowa, die Fragen des Nowaja Gaseta-Korrespondenten Pavel Kanygin beantwortete. Oder eben auch nicht beantwortete: »Schwule und politische Gefangene – sind das etwa die brennendsten Fragen?«, sagt die russische Menschenrechtsbeauftragte und einstige Generalmajorin der Polizei im Interview zu Kanygin. Hier, wie auch an anderen Stellen, offenbart sich ein grundlegend unterschiedliches Verständnis dessen, was eigentlich mit »Menschenrechten« gemeint ist.

Das Interview, das die Nowaja Gaseta im August 2016 veröffentlichte, schlug aber auch aus anderen Gründen hohe Wellen: Nicht nur, dass Moskalkowa während des Gesprächs unvermittelt vom »Sie« zum »Du« wechselt, die Namen renommierter Menschenrechtsorganisationen offensichtlich nicht auf dem Schirm

hat, schließlich den Fahrer bittet anzuhalten und kurz darauf das Interview abbricht. Sondern sie wandte sich, wie Kanygin berichtet, eine Stunde später nochmal an ihn mit der Bitte, das Interview nicht zu veröffentlichen, da sie darin »einen schlechten Eindruck« mache. Die Nowaja Gaseta, die das gesamte Gespräch schließlich abdruckte, berichtet außerdem von »nicht-öffentlichem« Druck, der auf die Redaktion ausgeübt worden sei. Und veröffentlichte das Gespräch – mit dem Hinweis, Staatsbeamte seien verpflichtet, über ihre Tätigkeit zu informieren. Zuvor war der Menschenrechtsbeauftragten drei Tage Zeit gegeben worden, das verschriftlichte Interview zu autorisieren. Eine Möglichkeit, von der sie aber keinen Gebrauch gemacht hatte.

»Sie sehen die Dinge einseitig!«

Pavel Kanygin: Die Tätigkeit als Menschenrechtsbeauftragte ist ein ganz neues Arbeitsfeld für Sie. Wie fühlen Sie sich in der Position?

Tatjana Moskalkowa: Das ist eine rhetorische Frage. Die Antwort lautet: Es ist schwierig. Denn es ist ein neues Leben, ein anderer Blickwinkel auf die Geschehnisse, die ich in meiner bisherigen Laufbahn eben anders wahrgenommen habe.

Dabei gehören Sie doch zu den Silowiki[, den Mitgliedern der Sicherheitsorgane – Anm. d. Red.].

Ich habe zehn Jahre in der Abteilung für Begnadigung des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR gearbeitet. Neun Jahre in der Duma. Das alles waren sehr wichtige soziale Erfahrungen für mich, denen nun ein besonderer Wert zukommt, wenn es darum geht, meinen Platz und meine Rolle im System zum Schutz der Menschenrechte zu verstehen und den Menschen nützlich zu sein. Und effektiv Menschen zu schützen, die in eine schwierige Lebenslage geraten sind. Menschen, die sich der Willkür, dem Bösen und der Unmöglichkeit widersetzen, im Kampf mit einem stärkeren Gegner ihr Recht zu verteidigen. Dank meiner Erfahrung und Kommunikationsfähigkeit ist mir diese Chance zuteil geworden.

In Russland hat es sich ergeben, dass die Idee vom Schutz der Menschenrechte im Antagonismus steht zur Regierung und zum System. Folgen daraus keine moralischen Widersprüche für Sie?

Man verwechselt den Menschenrechtsrat oft mit einer Organisation für Menschenrechte. Der Menschenrechtsrat ist ein Staatsorgan. Es ist ein Organ, das sich quasi zwischen der Gesellschaft und dem Staat befindet.

Es spricht mit den Regierungsorganen in einer für sie verständlichen Sprache und schafft entsprechende Umstände, damit diese Organe nicht nur hören, sondern auch zuhören.

Sie sehen sich also nicht als eine Menschenrechtlerin der Gesellschaft?

Doch, genau das tue ich. Unter den Menschenrechtlern ist die Menschenrechtsbeauftragte vielleicht sogar der größte Menschenrechtler.

Wie würden Sie die gegenwärtige Situation der Menschenrechte in Russland beschreiben?

Ich denke, es gibt derzeit viele Verstöße im Land, die sowohl System- als auch Einzelcharakter tragen. Diese Verstöße lassen sich im sozialen Bereich wie auch im Bereich des Strafrechts und des allgemeinen Rechts beobachten ... Aber der Fortschritt in unserem Bereich, im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft ist nicht zu übersehen. Wenn wir unsere Zeit mit früheren historischen Abschnitten vergleichen, sehen wir einen Fortschritt!

Meinen Sie wirklich, dass man die Gesetze, die die Regierung in den vergangenen Jahren verabschiedet hat, als Fortschritt bezeichnen kann?

Welche zum Beispiel?

Gesetze, für die auch Sie gestimmt haben. Beispielsweise das NGO-»Agentengesetz« oder das Demonstrationsgesetz, das Dima-Jakowlew-Gesetz, das diskriminierende LGBT-Gesetz, das die sogenannte Propaganda von Homosexualität verbietet ...

Propaganda von Homosexualität? So ein Gesetz gibt es bei uns nicht. Sie meinen vielleicht das Gesetz zum Verbot von Kinderpornografie.

Das Gesetz haben Sie auch unterstützt. Aber mir geht es um das Ganze.

Lassen Sie uns ganz konkret sprechen. Wenn es Ihnen um Minderheiten geht, dann können Sie selbst sehen, dass die sexuellen Minderheiten seit 2012 und bis heute in keiner Weise in ihren Rechten beschnitten wurden.

Sie haben nicht aufgehört zu existieren. Man hindert sie nicht daran zu tun, was sie tun. Sagen Sie mir doch, wo genau man sie einschränkt, dann können wir weiterreden.

Im Ausdruck ihrer Lebensform, im Familienrecht, in ihrem Recht, sich als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft zu bezeichnen.

Das alles gibt es nicht. Nennen Sie mir Beispiele für Beschränkungen ihrer Rechte. Vielleicht haben Sie ja recht und ich übersehe irgendwelche Vorgänge, die mit der Umsetzung der Gesetze verbunden sind.

Gut. Was ist zum Beispiel damit, dass LGBT ihre gemeinnützigen Organisationen nicht anmelden dürfen? Sich nicht versammeln und keine Veranstaltungen durchführen dürfen? Keine Kinder adoptieren dürfen?

Adoptieren dürfen sie nicht, nein. Was den Rest betrifft, so weiß ich, dass in Sankt Petersburg gerade erst eine Demonstration stattgefunden hat. Und man dafür gesorgt hat, dass sie nicht mit dem Tag der Fallschirmjäger zusammenstoßen. Damit die Interessen der unterschiedlichen sozialen Gruppen nicht aufeinanderprallen. Auch die LGBT existieren und führen Demonstrationen durch. Niemand engt sie ein.

Anders gefragt: Sie sind bereit sich für die Rechte von sexuellen Minderheiten einzusetzen? Können sie mit Ihrer Hilfe und Unterstützung rechnen?

Im Fall von Verstößen gegen ihre Rechte, werde ich natürlich alle Mittel ergreifen, um diese Verstöße zu beheben. Kennen Sie denn Fälle, in denen jemand aufgrund von LGBT-Zugehörigkeit in seinem Recht auf Bildung eingeschränkt worden wäre? Einen Arbeitsplatz nicht bekommen hätte? Oder an einer Universität nicht angenommen worden wäre?

Solche Fälle gibt es ist massenweise, Tatjana Nikolajewna.

Ich habe in meiner ganzen Amtszeit als Menschenrechtsbeauftragte noch kein einziges solches Gesuch bekommen. Und das ist die Wahrheit. Es ist die Wahrheit.

Ehe wir das Thema LGBT abschließen, würde ich gern noch eine Sache spezifizieren. Als in der Duma über das »Antischwulen-Gesetz« diskutiert wurde, weiß ich, dass unter anderem Sie sich dafür eingesetzt haben, den Paragraphen zur Strafbarkeit von Unzucht zwischen Männern wieder ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Hat sich Ihre Position seitdem geändert?

Nein! Ich habe niemals ... Das ist völliger Unsinn! Sie können sich die Mitschriften der Duma besorgen und sich selbst davon überzeugen.

Sie haben in einem Interview darüber gesprochen.

Nein, ich habe mich nie öffentlich für eine Wiedereinführung der Strafbarkeit von Unzucht zwischen Männern eingesetzt. Denn meinen Überzeugungen nach bin ich Demokrat und schätze alle Errungenschaften der 1990er Jahre, die wir erkämpft haben: die Aufhebung des Eisernen Vorhangs, die Menschenrechte, die Abschaffung des Einparteiensystems, ein freies Parlament und auch den Verzicht auf die Strafbarkeit von Unzucht zwischen Männern.

Aber ein Mensch kann trotzdem seine eigene Meinung haben. Dem einen gefällt Rot, dem anderen Schwarz. Ich gehöre nicht zu denen, die gleichgeschlechtliche Beziehungen ausweiten wollen, aber auch nicht zu denen, die sie unterbinden wollen. Das ist ein sensibler Bereich, allerdings bin ich eine Anhängerin von traditionellen Beziehungsformen.

Gut. Lassen wir dieses sensible Thema. In diesem Jahr wurden unter Ihrem Vorsitz staatliche Förderungen an unterschiedliche NGOs vergeben. Die Menschenrechts-NGOs wurden jedoch weitestgehend ignoriert. *Gesellschaftliches Verdikt, Für Menschenrechte* oder *Memorial* bekamen keine Förderung. Bei der *Moskauer Helsinki-Gruppe* gab es Schwierigkeiten. Aber dafür haben die *Nachtwölfe [Motorrad- und Rockerclub mit Beziehungen zur Regierung – Anm. d. Red.]* Geld bekommen. Wie erklären Sie das?

[Pause] Die Arbeit der Vergabestelle ist folgendermaßen aufgebaut: Alle Anträge auf Förderung werden Experten vorgelegt. Es gibt Kriterien, anhand derer die Experten Punkte vergeben. Wenn ein Projekt nicht den Förderkriterien entspricht, erhält die Organisation eine niedrige Punktzahl.

Auch die Förderkommission ist an das Urteil der Experten gebunden. Wenn eine Organisation eine niedrige Punktzahl erhalten hat, dann hat die Kommission kein Recht, ihr eine Förderung zu geben. Wenn eine Organisation schon mal eine Förderung bekommen hat, muss sie erst einmal einen Bericht über die Verwendung vorlegen. Sobald ein Bericht vorliegt, kann sie sich wieder bewerben ...

Könnten Sie trotzdem etwas zur Situation der konkreten NGOs sagen, die ich genannt habe?

Pawel, ich kann Ihnen nachher zu jeder einzelnen Organisation etwas sagen. Heißt sie genau so – *Helsinki-Gruppe*? Und ihr Antrag wurde abgelehnt?

Sie heißt Moskauer Helsinki-Gruppe.

Das ist der genaue Name? Und ihr Antrag wurde abgelehnt?

Man sagt, es hätte Probleme gegeben.

Da ist doch Alexejewa dabei? Letztendlich haben wir ihr doch eine Förderung gegeben, eine recht große sogar. Das kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen. Wer also noch? Für *Menschenrechte* von Ponomarjow. Ich werde nachfragen. Vielleicht hat er keinen Bericht über die letzte Förderung eingereicht. Und er hat sogar Geld für andere Organisationen bekommen, wo er ebenfalls als Organisator eingetragen ist.

Oder wollen Sie etwa behaupten, dass Ponomarjow keine Förderungen bekommt? Oder Alexejewa nicht? Ich kann Ihnen zeigen, wieviel sie vom Staat bekommen! Das ist nicht wenig!

Von einer Organisation wurde der Antrag abgelehnt, weil sie nämlich im vergangenen Jahr 22 Millionen aus dem Ausland bekommen hat. Dieser eine Fond, der mit »M« anfängt ...

Memorial?

Wahrscheinlich, ja. Der Staat berücksichtigt doch alles und rechnet alles mit ein. Diese Organisation hat bereits genug, womit sie arbeiten kann. Und was die *Nachtwölfe* betrifft, schauen wir uns deren Projekt doch erst einmal genauer an.

Eine Lasershow auf der Krim?

Ach was. Sehen wir uns doch deren Antrag an. Sogar Sie, die *Nowaja Gaseta*, könnten sich mit einem Projekt bewerben, obwohl sie eine Zeitung sind und wir Ihnen nicht einfach so Geld zuteilen dürften. Aber wenn Sie beispielsweise ein Projekt zur Resozialisierung von Strafgefangenen vorschlagen und das parallel unter Ihrem Label betreiben würden – warum sollte man sich das nicht anschauen? [Die *Moskauer Helsinki-Gruppe* bekam vom Staat 4,2 Millionen Rubel Unterstützung. Die *Nachtwölfe* erhielten die Präsidenten-Förderung von einer anderen Vergabestelle, die allerdings keine Menschenrechts-Mittel vergibt – Anm. d. *Nowaja Gaseta*]

Eine Frage zum sogenannten Jarowaja-Paket [Anti-Terror-Gesetzespaket, das inoffiziell den Namen seiner Initiatorin trägt – Anm. d. Red.]. Neulich haben Sie es folgendermaßen kommentiert: Es beunruhige Sie, dass die Altersgrenze der Strafmündigkeit bei den Extremismus-Paragraphen auf 14 Jahre herabgesenkt wurde. Was ist mit den anderen Regelungen? Beunruhigen sie Sie nicht?

Die anderen Regelungen dieses Gesetzes sind ratifiziert, in Kraft getreten und zeigen ihre Wirkung. Und seitdem ist bei mir noch keine einzige Beschwerde eingegangen. Sicher, einige sprechen sich dagegen aus, aber das Gesetz wurde bereits verabschiedet. Und Gesetz ist Gesetz.

Aber kritisieren darf man es?

Das darf man. Auch ich habe mich dazu geäußert. Der Menschenrechtsrat wird die Situation beobachten, um Informationen zu sammeln und zu verstehen, wie diese Regelungen wirken und ob die Bedenken berechtigt sind, die von Menschenrechtsorganisationen und anderen Gegnern dieses Gesetzes vorgebracht werden. Vielleicht müssen dann tatsächlich dringende Veränderung in das Gesetz eingebracht werden.

Was sagt Ihnen denn Ihre Intuition?

Das ist keine Kategorie, derer ich mich in diesem Fall bedienen würde.

Sie haben sich für [den politischen Aktivistin – Anm. d. Red.] Ildar Dadin eingesetzt, haben eine Revision seines Urteils gefordert. Viele haben Ihre Initiative sehr positiv aufgenommen ...

Was meine Initiative betrifft, ist das allerdings nicht ganz zutreffend. Bei mir ist ein Gesuch seines Anwalts eingegangen. Und solange das Gericht noch keine endgültige Entscheidung getroffen hat, verfügt die Menschenrechtsbeauftragte über die Möglichkeit, ein Gesuch an das Gericht zu richten, was ich auch getan habe. Das Oberste Gericht wird den Fall weiter prüfen. Andere Mittel hat die Menschenrechtsbeauftragte derzeit nicht.

Sind Sie mit der Position der Menschenrechtler einverstanden, Ildar Dadin sei ein politischer Gefangener?

Ich habe meine Position diesbezüglich mehr als einmal deutlich gemacht: Ich unterstütze den Gebrauch des Begriffs »politischer Gefangener« nicht. Ich finde nicht, dass dieser Begriff dem russischen Rechtssystem angemessen ist.

Den Begriff gibt es also nicht, aber die Menschen schon?

Was soll das heißen? Wen würden Sie in Russland denn einen politischen Gefangenen nennen?

Ich habe Ihnen doch gesagt, dass viele Menschen Ildar Dadin für einen politischen Gefangenen halten. Man hält auch den unglückseligen Mochnatkin ...

Für welche Verbrechen sitzen sie denn ein? Für Verbrechen, die im Strafgesetzbuch festgeschrieben sind.

Aber die Gesetze sind in den vergangenen Jahren enorm verschärft worden. Beispielsweise das Demonstrationsgesetz.

Das Demonstrationsgesetz hat sich verändert. Aber man muss sich in jedem einzelnen Fall die Beweislage ansehen und welche Verstöße begangen wurden. Was [im Fall von Dadin – Anm. d. Red.] überhaupt vorlag – ein Angriff auf die öffentliche Ordnung, auf die Rechte anderer Menschen oder auf die Grundprinzipien des Staates. Es wurde allerdings von der ganzen Gesellschaft als eine gesellschaftlich gefährliche Tat eingestuft.

Dmitrij Medwedew hat gern immer wieder betont, dass es in Russland notwendig sei, von der Bestrafung durch Freiheitsentzug Abstand zu nehmen, solange ein Mensch nicht das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum anderer gefährdet hat. Was bei Dadin zutrifft. Unterstützen Sie diese Herangehensweise?

Wenn du zwei administrative Rechtsverstöße begangen hast, ist das nach unserer Rechtsprechung ein administratives Präjudiz, das zu einer strafrechtlichen Angelegenheit wird. Wie es auch im Fall von Dadin geschehen ist.

(Wendet sich an den Fahrer.) Lassen Sie uns irgendwo parken und Plätze tauschen, ich muss ein paar Anrufe machen.

Kann ich noch ein paar Fragen stellen?

Pascha, das sind doch sicherlich schon genug von diesen Fragen, um das Bild zu zeichnen, das ihr zeichnen wollt.

Warum sagen Sie das? Ich habe noch viele Fragen, zu denen ich gern ihre Meinung hören würde ...

Die haben sie schon gehört. Sie sehen die Dinge einseitig. Weil es Sie gar nicht interessiert, wie beispielsweise die Rechte von Menschen verteidigt werden, denen gekündigt wurde, und vieles mehr. Es interessiert Sie nur ein kleiner Ausschnitt – die Schwulen und diese ...

Politischen Gefangenen?

Politischen Gefangenen, genau. *Golubyje* [ugs. für Homosexuelle, oft abfällig – Anm. d. Red.] ist übrigens ein schönes Wort. Alles andere interessiert Sie gar nicht, der riesige Bereich von Problemen ... Was ist zum Beispiel mit den Wehrdienstleistenden, die vier Jahre lang keine Gehaltsanpassung bekommen? Oder mit alleinerziehenden Müttern oder den Müttern mit vielen Kindern, die in Moskau keine Wohnung bekommen und auf den Wartelisten nicht vorrücken?

Mich interessiert alles, Tatjana Nikolajewna. Auch der Gefangenaustausch mit der Ukraine und viele andere Themen ...

Ein Austausch stand nie zur Debatte. Es war die Rede von Übergabe, und noch nicht einmal von Übergabe, sondern von Transfer, von der Überführung verurteilter ukrainischer Bürger in die Ukraine. Und das wird noch verhandelt.

Arbeiten Sie mit der Menschenrechtsbeauftragten der DNR [Volksrepublik Donezk – Anm. d. Red.] Daria Morosowa zusammen?

Das hat sich bisher nicht ergeben. Ich arbeite mit [der Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments – Anm. d. Red.] Lutkowskaja zusammen.

Könnten Sie darauf genauer eingehen? Das ist interessant.

Aber du fragst ja nicht. Du fragst nur was über LGBT und über die politischen Gefangenen. Sind das etwa die brennenden Fragen? Sie greifen sich einen Bereich der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft heraus, und zwar einen sehr kleinen.

Nehmen wir doch den Bericht für 2015 von Ella Pamfilowa. Die Fragen, die du stellst, machen 2 Prozent der eingegangenen Gesuche aus. Nur 2 Prozent! Und die restlichen – da wollen Menschen eine Wohnung, ein Dach überm Kopf, ein anständiges Gehalt, einen anständigen Urlaub, ein anständiges Gesundheitssystem. Wenn Personen mit nicht-traditioneller sexueller Orientierung unbedingt auf die Straße gehen möchten, verbietet es ihnen doch niemand ...

Naja, sei's drum. Warum regen Sie diese Fragen so auf? Lassen Sie uns über Barrierefreiheit sprechen. Darüber, dass für Rollstuhlfahrer in keiner einzigen Stadt unseres Landes ein normales Leben möglich ist. Oder über die Waisen, die dank des Dima-Jakowlew-Gesetzes in Kinderheimen dahinvegetieren. Bekommen Sie deswegen Beschwerden? Sind das Probleme mit Einzel- oder vielleicht doch mit Systemcharakter?

Als ich für das Dima-Jakowlew-Gesetz gestimmt habe, war das Ziel, unsere Kinder vor Missbrauch in ausländischen Familien zu schützen. Wissen Sie, dass der Staat damals nichts über das Schicksal von über 600 Kindern herausfin-

den konnte, die adoptiert und ins Ausland gebracht wurden? Was ist mit diesen Kindern? Sind sie noch am Leben? Deswegen bereue ich überhaupt nichts, ich freue mich sogar darüber, dass wir dieses Gesetz verabschiedet haben.

Und was die Behinderten betrifft, schauen sie doch mal in die Oblast Wladimir, wie viele Rampen und Behinderteneingänge da gebaut wurden. Gerade jetzt vor den Wahlen gibt es ein ganzes Programm für sie. Nicht nur hier, sondern russlandweit. Natürlich rückt diese Frage immer mehr in den Vordergrund. Es wurden extra dafür Gelder bereitgestellt und Förderungen geschaffen. Ja, das ist noch zu wenig. Man wünscht sich immer, dass es mehr solcher Hilfen gäbe, und dafür werde ich kämpfen. Und auch für die Behinderten, die in geschlossenen Heimen leben. Und für viele andere.

Wenn das so ist, sind wir bereit, Sie zu unterstützen.

Das würde ich so nicht sagen – nach den Fragen, die Sie stellen. Du hast es noch nicht einmal geschafft, mir Beispiele zu nennen, wo diese LGBTs in ihren Rechten beschnitten werden ... In der Gesellschaft finden solche Fragen zurzeit keine breite Unterstützung.

Über den Autor

Pavel Kanygin ist seit 2004 Journalist bei der Nowaja Gaseta. Als Sondergesandter der Zeitung berichtete er u. a. vom Kiewer Maidan, aus Odessa, der Krim und dem Donbas, wo er im Mai 2014 seine eigene Freilassung aus separatistischer Gefangenschaft erfolgreich aushandelte. Seine Kernthemen sind politisch-militärische Krisenregionen unter russischer Beteiligung und Fragen der nuklearen Sicherheit von Atomreaktoren.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <www.nowayagazeta.ru/articles/2016/08/29/69687-golubye-i-politzaklyuchennye-a-razve-eto-nabolevshaya-tema>, die Übersetzung ins Deutsche durch deko-der unter <www.dekoder.org/de/article/moskalkowa-russland-menschenrechtsbeauftragte-lgbt>.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von Maria Rajer

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

29. Januar – 11. Februar 2018

29.01.2018	Vertreter des Wahlkampfteams des amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, haben der Zentralen Wahlkommission etwa 315.000 Unterschriften zur Unterstützung von Putins Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im März 2018 eingereicht. Als parteiloser Kandidat ist er verpflichtet, bis zum 30.01.2018 mindestens 300.000 Unterschriften aus 40 Regionen Russlands zu sammeln. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte das Wahlkampfteam berichtet, bereits etwa 1,6 Millionen Unterschriften gesammelt zu haben.
29.01.2018	Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Andrew Parsons, gibt bekannt, dass etwa 30 bis 35 russische Athleten unter neutraler Flagge an den Paralympischen Winterspielen in Pyeongchang teilnehmen werden. Außerdem bestätigt das Komitee die Teilnahme von 169 russischen Athleten unter neutraler Flagge an den Olympischen Spielen.
29.01.2018	In einer ARD-Dokumentation beschuldigt der Kronzeuge der »Welt-Anti-Doping-Agentur« (WADA) und frühere Leiter des Moskauer Doping-Analyselabors, Grigorij Rodtschenkow, den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der direkten Mitwisserschaft um Staatsdoping in Russland. Bisher konnte eine Beteiligung Putins nicht nachgewiesen werden. Das Internationale Olympische Komitee hatte unter anderem auf der Grundlage der Aussage Rodtschenkows das Nationale Olympische Komitee Russlands gesperrt.
29.01.2018	In Sotschi beginnt eine von Russland anberaumte Syrien-Friedenskonferenz. Das »Syrische Verhandlungskomitee«, das die wichtigsten Oppositionsbündnisse vertritt, nimmt allerdings nicht an den Gesprächen teil. Es hatte auf die von der UNO geführten »Genfer Gespräche« verwiesen. Auch die USA verweisen auf die »Genfer Gespräche« und nehmen nicht am Gesprächsformat in Sotschi teil.
29.01.2018	Über dem Schwarzen Meer nähert sich ein russisches Militärflugzeug vom Typ SU-27 einem Flugzeug der US-Marine bis auf 1,5 Meter. Die USA zeigten sich besorgt ob dieses Vorfalls. Das russische Verteidigungsministerium ließ hingegen verlautbaren, der russische Jet habe sich einem unbekanntem Flugobjekt genähert, es identifiziert und es begleitet, um zu verhindern, dass dieses den russischen Luftraum verletze.
30.01.2018	Das US-Finanzministerium veröffentlicht eine Liste mit 210 russischen Geschäftsmännern und Politikern, den sogenannten »Kreml-Bericht«. Aufgelistet werden Personen, deren Nettovermögen mindestens eine Milliarde US-Dollar beträgt, darunter unter anderem Premierminister Dmitrij Medwedew, Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow und Oligarch Alischer Usmanow. Der Bericht hat zunächst keine rechtlichen Konsequenzen, könnte aber als Grundlage für weitere Sanktionen dienen. Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, nennt die Veröffentlichung einen »feindlichen Akt«.
31.01.2018	Ilja Schablinskij, Mitglied des Menschenrechtsrates des Präsidenten der Russischen Föderation, nennt das Verleihsverbot für den Film »The Death of Stalin« einen »Akt der Zensur«. Es gebe im Film keine Hinweise auf Extremismus, das Verbot sei lediglich Zeichen eines bestimmten »politischen Geschmacks«.
31.01.2018	Der Journalist Pawel Nikulin wird nach der Durchsuchung seiner Wohnung in St. Petersburg zur Vernehmung durch den FSB vorgeladen. Nikulin hatte für das unabhängige Magazin »The New Times« im März 2017 ein Interview mit einem zum Islam konvertierten Mann aus Kaluga geführt, der sich in Syrien dem IS angeschlossen hatte. Bereits im Juni 2017 war »The New Times« wegen »Missbrauchs der Medienfreiheit« zu einer Geldstrafe von 100.000 Rubel verurteilt worden. Nikulin selbst wird die »Ausbildung zum Zweck terroristischer Aktivitäten« (§ 205 Strafbuch der Russischen Föderation) vorgeworfen.
01.02.2018	Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hebt die vom Internationalen Olympischen Komitee verhängten lebenslangen Sperren für 28 russische Sportler auf. Laut CAS seien keine individuellen Verstöße gegen Anti-Doping-Regeln festgestellt worden. Die Aufhebung der Sperren bedeutet nicht automatisch, dass die Sportler an den Olympischen Winterspielen teilnehmen dürfen, da ihnen keine Einladung des IOC vorliegt. Sie müssen nun ihr Startrecht einzulegen. Elf Sportler bleiben gesperrt. Das IOC erwägt, Einspruch gegen das Urteil einzulegen.
01.02.2018	Der liberale Oppositionspolitiker und ehemalige Gouverneur der Oblast Kirow, Nikita Belych, wird vom Presnenskij-Bezirksgericht in Moskau der Bestechlichkeit für schuldig befunden. Belych war im Juni 2016 festgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, Bestechungsgelder in Höhe von etwa 600.000 Euro angenommen zu haben.
03.02.2018	In der syrischen Provinz Idlib wird ein russischer Kampfflugzeug des Typs Suchoj SU-25 abgeschossen. Dies meldet das russische Verteidigungsministerium. Der Pilot, der sich mit einem Fallschirm aus dem Flugzeug retten konnte, soll sich kurz darauf mit einer Handgranate selbst getötet haben, um der Gefangennahme durch eine syrische Rebellenmiliz zu entgehen.
03.02.2018	Starke Schneefälle sorgen in Moskau für Chaos. Innerhalb weniger Stunden fällt laut Angaben des Hydrometrischen Zentrums in Moskau 23 Zentimeter Neuschnee. Durch umknickende Bäume gibt es fünf Verletzte, die Stromversorgung bricht zusammen. Etwa 40.000 Haushalte sind ohne Strom.
05.02.2018	Russland stationiert Iskander-Raketen in Kaliningrad. Dies bestätigt der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow. Die Stationierung der Raketen war seit langer Zeit geplant. Russland hatte dies als Reaktion auf den von der US-Regierung unter Präsident George W. Bush geplanten Raketenabwehrschirm im Jahr 2007 angekündigt.

05.02.2018	Das Internationale Olympische Komitee lehnt die nachträgliche Einladung 13 weiterer Sportler und ihrer Betreuer zu den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang ab. Eine nachträgliche Einladung war zuvor von einer unabhängigen Kommission geprüft worden, nachdem der Internationale Sportgerichtshof die lebenslangen Sperren der Sportler aufgehoben hatte.
05.02.2018	Die durch heftige Schneefälle unterbrochene Stromversorgung in der Region Moskau ist weitestgehend wieder hergestellt.
06.02.2018	32 russische Athleten klagen vor dem Schweizer Bundesgericht und dem Internationalen Sportgerichtshof gegen die Weigerung des Internationalen Olympischen Komitees, sie nachträglich zu den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang einzuladen.
06.02.2018	Dem am Samstag in der syrischen Provinz Idlib ums Leben gekommenen russischen Piloten, Roman Filipow, wird posthum der Titel »Held der Russischen Föderation« verliehen. Es ist der höchste Ehrentitel, der in Russland verliehen wird.
07.02.2018	13 Athleten und ihre Betreuer, deren nachträgliche Einladung zu den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang am Montag vom Internationalen Olympischen Komitee abgelehnt worden war, schließen sich der Klage ihrer Landsleute vor dem Internationalen Sportgerichtshof an.
07.02.2018	Die stellvertretende Gesundheitsministerin von Tatarstan, Jelena Schischmarewa, wird tot aufgefunden. Sie befand sich seit dem 03.02. unter Hausarrest wegen des Verdachts auf Betrug und Amtsmissbrauch. Die Umstände ihres Todes bleiben zunächst unklar.
09.02.2018	Der Internationale Sportgerichtshof lehnt die Klage von 45 russischen Sportlern und ihren Betreuern ab. Die Athleten hatten Klage gegen die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees eingereicht, sie trotz Aufhebung ihrer lebenslangen Sperre nicht zu den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang einzuladen. Bereits am Vortag hatte sich das Gericht im Fall der Klage von 13 weiteren Athleten für nicht zuständig erklärt.
11.02.2018	Ein Passagierflugzeug der russischen Fluggesellschaft »Saratov Airlines« stürzt kurz nach dem Start vom Moskauer Flughafen Domodedowo ab. An Bord befanden sich 65 Passagiere und die Besatzung. Ersten Meldungen des Katastrophenschutzes zufolge gibt es keine Überlebenden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel und Hartmut Schröder

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Göbel
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de



[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>